



SP sagt 3 x Ja für Umwelt, Frieden und Menschenrechte

Nach der Corona bedingten Absage der Kantonalversammlung hat die SP-Geschäftsleitung die Parolen für die Abstimmung vom 29. November beschlossen. Es geht dabei um drei wichtige sozialdemokratische Anliegen. Die SP ruft darum ganz besonders auf, an der Abstimmung teilzunehmen und allen drei Vorlagen zuzustimmen.

Ja zur Konzernverantwortungsinitiative

«Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt eine Selbstverständlichkeit», sagt SP-Präsident Andreas Marty. «Wenn ein Konzern auf Kinderarbeit setzt oder die Umwelt zerstört, soll er dafür geradestehen. Die meisten Schweizer Firmen halten sich bereits heute an diese Vorgaben. Einige Wenige missachten jedoch die Menschenrechte und die minimalen Umweltstandards, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.» Mit einem Ja zur Konzernverantwortungsinitiative können die Stimmberechtigten in diesem Bereich eine Verbesserung erzielen. So sollen Konzerne mit Sitz in der Schweiz in Zukunft bei ihren Geschäften im Ausland sicherstellen, dass sie selbst und ihre Tochterfirmen die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten. Einfache Zulieferer und Lieferanten sind von dieser Bestimmung ausgenommen. Die Initiative betrifft rund 1500 Konzerne. Kleine und mittlere Unternehmen - KMU mit bis 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - sind von der Initiative ausgenommen, ausser sie sind in Hochrisiko-Sektoren tätig, z.B. im Goldhandel. Viele Länder kennen bereits ähnliche Gesetze, beispielsweise gegen Kinderarbeit oder den Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten. Damit dieses wichtige Anliegen umgesetzt werden kann, braucht es dringend ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.

Ja zur Kriegsgeschäfteinitiative

Auch mit Schweizer Geld werden die Kriege dieser Welt finanziert. Zehntausende Menschen sterben daran. Millionen werden verletzt, traumatisiert und zur Flucht gezwungen. Gleichzeitig machen inter-nationale Rüstungsunternehmen mit Waffenlieferungen Milliarden-Profite. Allein im Jahr 2018 investierten Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank, die Credit Suisse und die UBS mindestens neun Milliarden US-Dollar in Atomwaffenproduzenten. Pro Schweizer Einwohnerin und Einwohner macht das rund tausend Franken. Die Initiative verlangt, dass Pensionskassen, Finanzinstitute und die Nationalbank keine Investitionen mehr in Firmen tätigen, die mehr als 5 Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. «Mit unserem Ja drehen wir der Waffenindustrie den Geldhahn zu und machen damit einen Schritt zu einer friedlicheren Welt», resümiert SP-Vizepräsidentin Karin Schwiter.

Ja zur Geld zurück Vorlage

Bereits bei der Unterschriften-Sammlung hat die SP das Anliegen der Geld-Zurück-Initiative unterstützt. Die Vorlage will bereits bezahlte CO2-Abgaben in den Kanton Schwyz zurückholen, indem ein kantonales Energieförderprogramm geschaffen wird. Es schafft einen Anreiz für energetische Gebäudesanierungen. Damit wird nicht nur Geld in den Kanton Schwyz zurückgeholt, sondern direkt in die Schwyzer Wirtschaft investiert. Mit dem Gegenvorschlag des Parlaments konnte ein Kompromiss gefunden werden, der von allen Parteien ausser der SVP mitgetragen wird. SP-Fraktionspräsidentin Carmen Muffler steht hinter dem Gegenvorschlag: «Mit einem Ja sorgt die Stimmbevölkerung dafür, dass in diesen schwierigen Zeiten in die Schwyzer Wirtschaft investiert wird und durch Gebäudesanierungen viel Energie gespart wird, was schlussendlich dem Klima zugutekommt.»